Nummer 154 – 19. Jahrgang

Montag, den 9. Juli 1923

Oberschlesische Zeitung

Sonntagnummer 600 M.

Das Volksblatt für Stadt und Land

Einzelnummer 500 M.

Erscheint werktags. Bezugspreis freibleibend. Ausgabe A mit illustrierter Beilage monatlich 12000 Mark. Ausgabe B ohne illustrierter Beilage monatlich 12000 Mark. Anzeigengebühr: Grossanzeigen: Die achtspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 300 Mark. Außerhalb Oberschlesiens 500 Mark. Reklamezeile Millimeter 1000 Mark.

Redaktions-Fernruf Beuthen 459

Pro fide et patria

Geschäftsstellen-Fernruf Beuthen 56

Redaktion und Geschäftsstelle: Beuthen OS., Piekarerstraße 9. Jeder Abonnent erhält im Falle des Todes, herbeigeführt durch Unfall vom Verlage eine Unterstützung bis zum Betrage von 500.— Mark. Ein Rechtsanspruch darauf besteht nicht.

Wieder eine Konferenz?

Neueste Nachrichten.

Die gesamte Kapitalsanlage der Reichsbank hat sich in der letzten Woche um über 6½ Billionen Mark verschlechtert, sie beträgt jetzt 25½ Billionen Mark.

Der Haushaltsausschuß des Reichstag gab seine Einwilligung zur Auszahlung der neuen Teuerungszuschläge zu den Bezügen der Staatsarbeiter und Beamten. Die Teuerungszuschläge für die Beamten wurden auf 237 Prozent erhöht. Entsprechend wurde auch der Stundenlohn der Staatsarbeiter festgesetzt.

Wie der „Lokalanzeiger" mitteilt, beschäftigte sich der Vorstand der Deutschen Volkspartei am Sonntag mit der Reichspolitik, wobei der Parteivorsitzende Dr. Stresemann Bericht erstattete, der hauptsächlich der Frage der Innenpolitik gewidmet war und ein Bekenntnis zur Volksgemeinschaft enthielt. Dr. Stresemann begründete die Haltung der Reichstagsfraktion in den letzten Monaten gegenüber den politischen Fragen. In einer mehrstündigen Diskussion kam allseitig die Zustimmung zu seinen Ausführungen zum Ausdruck. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der Stresemann und der Reichstagsfraktion, sowie der preußischen Landtagsfraktion das Vertrauen ausgesprochen wird. Ferner wurde eine Entschließung der Frauen der Deutschen Volkspartei angenommen, in der das Rote Kreuz aufgefordert wird, dahin zu wirken, daß dem Deutschen Roten Kreuz gestattet wird, im Ruhrgebiet tätig zu sein.

Der „Montagspost" zufolge fand gestern im Freistaat Mecklenburg-Strehlitz die Landtagswahl bei ziemlich schwacher Beteiligung statt. Soweit sich nach den bisher eingelaufenen Berichten erkennen läßt, haben vor allem die radikalen Parteien rechts und links Erfolge zu verzeichnen.

„Indepedance Belge" schreibt: In Regierungskreisen wird erklärt, daß von einer Besprechung zwischen Theunis und Poincare für die nächste Zeit keine Rede sei.

Krisenstimmung in Spanien.

Madrid, 8. Juli. Die politische Lage ist äußerst kritisch. In der gestrigen Senatssitzung kam es zu einem mächtigen Zwischenfall zwischen dem Präsidenten des Obersten Kriegsgerichts General Auguillera und dem Chef der konservativen Hauptpartei Sanchezguerra. Sanchezguerra obrsiegte den General Trotz erfolgter Aussöhnung erscheint ein Duell unvermeidlich. Auguillera erhält Sympathiekundgebungen aus ganz Spanien, namentlich vom Heere. Der General drohte gestern im Senat mit den hinter ihm stehenden Kräften Die Lage ist dadurch kompliziert, daß Auguillera bestimmte Ausdrüde eines Briefes an den früheren Ministerpräsidenten Sanchezteca nicht zurücknimmt. Die Regierung möchte das Ansehen des Senats wahren, wagt es aber nicht, die Stellung des Präsidenten des Obersten Militärgerichtshofes anzutasten. Libertad, das Organ Albas, vertritt Auguillera in seiner richterlichen Tätigkeit, widersetzt sich aber jeder Militärdiktatur.

Die Machthaber in Rußland.

Moskau, 8. Juli. Die Tagung des allrussischen Vollzugsausschusses der Sowjetrepublik wurde geschlossen. In den Rat der Volkskommissare der Sowjetrepublik wurden gewählt: Lenin als Vorsitzender, Rykow, Kamenew und Jurupa als Stellvertreter, ferner Inneres Neloborodow, Inspektion Kiselow, Arbeit Bachatow, Versorgung Kalmanowicz, Finanzen Wladimirow, Landwirtschaft Smirnow, Justiz Kurski, Aufklärung Lunatscharski, Volkshygiene Samatejko, Wohlfahrt Jakowenko, Als Vorsitzender des Volkswirtschaftsrats der Sowjetrepublik wurde Bogdanew gewählt. Die Volkskommissare für Auswärtiges, Krieg, Außenhandel, Verkehr und Post wurden bekanntlich von der Unions-Exekutive bereits für sämtliche Republiken der Union gemeinschaftlich aufgestellt.

Paris, 9. Juli. Der Temps meldet aus Brüssel, daß im Verlaufe der jetzigen französischen und belgischen Verhandlungen mit England möglicherweise wieder eine Zusammenkunft von Poincare, Theunis und Jaspar vereinbart werden würde. Ein genauer Zeitpunkt hierfür sei jedoch noch nicht ins Auge gefaßt.

Der Papst und die Ruhrpolitik!

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:

Die Verhandlungen zwischen dem päpstlichen Nuntius und dem Reichskanzler sind durch die der Oeffentlichkeit übergebene amtliche Erklärung der Reichsregierung über die Sabotageakte im Ruhrrevier für beide Teile zufriedenstellend zu Ende geführt worden.

Es ist nicht unnötig festzustellen, daß das lediglich eine Instruktion an den päpstlichen Nuntius darstellende Telegramm des Papstes keineswegs für die Oeffentlichkeit bestimmt war. Dieses Telegramm, das übrigens in einem vergröbernden Wortlaut in die Oeffentlichkeit kam, ist durch eine schwere Indiskretion einer italienischen Telegraphen-Agentur bekannt geworden. Der Papst, der durch sein Schreiben an den Kardinalstaatssekretär eine hochwertige diplomatische Aktion mit dem Ziele eines Ausgleichs des Ruhrkonflikts eingeleitet hatte, mußte naturgemäß von dem Duisburger Zwischenfall auf das peinlichste berührt werden. Gerade um seine Unparteilichkeit zu wahren, hat dann der Papst dem Nuntius eine dienstliche Anweisung gegeben, mit der Reichsregierung über diese Angelegenheiten zu verhandeln.

Die zum Teil recht hämischen Folgerungen, die in der französischen Presse daraus gezogen worden sind, um den peinlichen Eindruck des Papstbriefes mit seiner deutlichen Mahnung an Frankreich zu unterstützen, konnten nicht besser pariert werden, als durch die neuerlichen gleichfalls dienstlichen Anweisungen an die Nuntiaturen in Paris und Brüssel, bei den betreffenden Regierungen im Auftrag der Kurie Einspruch gegen die verbitternden Sanktionen und sonstigen Zwangsmaßnahmen im Ruhrgebiet zu erheben. Damit hat der Papst seine wirkliche Unparteilichkeit in einer Weise dokumentiert, die freilich sowohl gewissen französischen Kreisen, aber auch — wie könnte es anders sein! — bestimmten Richtungen bei uns in Deutschland selber nicht gerade angenehm ist. Haben wir es doch jetzt erleben müssen, daß aus Anlaß dieses Papstbriefes eine unverantwortliche Hetze gegen das Zentrum und gegen die deutschen Katholiken in ihrer Gesamtheit inszeniert wurde. Aus der Tatsache, daß gegenwärtig der frühere Reichskanzler Dr. Wirth sich in Bonn befindet und — übrigens erst nach Erlaß des päpstlichen Schreibens an den deutschen Nuntius — eine Unterredung mit dem Kardinalssekretär und mit dem Papste selber hatte, wird in der „Deutschen Tageszeitung" natürlich auch in der deutschvölkischen „Deutschen Zeitung die hetzerische Behauptung aufgestellt, Dr. Wirth sei der Veranlasser dieses päpstlichen Schrittes. Mit sehr deutlich erkennbarer Absicht wird eine Parallele gezogen zwischen dem Aufenthalt Dr. Wirth's in Bonn und gewissen Kreisen Erzbergers im Kriege.

Wir sind ohnehin gegenwärtig wieder einmal im schönsten Fahrwasser der übelsten Hetze. Die „Deutsche Zeitung" bringt es fertig, dem Zentrum die ganze Schuld an dem jetzigen Elend des deutschen Volkes zuzuschreiben und die damalige Ehrenerklärung der Rechtsparteien in der Nationalversammlung vor Unterzeichnung des Friedensvertrages zu verlangen. Gleichzeitig sehen wir, ausgehend von der über bekannten „Süddeutschen Zeitung" in systematischer Hetze gegen den Abgeordneten Bell als den Mitunterzeichner des Versailler Vertrages sich entwickeln. Wie sehr gerade diese Kreise, die sich jetzt als die Mentoren des deutschen Volkes aufspielen, in dieser furchtbaren Not, in die wir hineingekommen sind, Schuld daran sind, wird ja eines Tages noch einmal zu sagen sein. Es erübrigt sich aber jedes Maß einer auch von der Opposition in Anspruch zu nehmenden Demagogie, wenn man nun nach dem Rezept: „Haltet den Dieb" eine fürchterliche Notzeit dazu ausnützt, um in unverantwortlicher Hetze seine eigenen Parteigeschäfte zu betreiben.

Wir können uns darauf gefaßt machen, daß gerade der päpstliche Schritt bei der deutschen Regierung von gewissen Seiten, die, wie ja schon verschiedentliche Vorgänge der letzten Zeit gezeigt haben, ihre Kampfgelüste gegen Zentrum und Katholiken nicht mehr länger schämen können, dazu benutzt wird, um eine frisch-fröhliche Agitation nach bekanntem Muster zu entwickeln. Dieser Tendenz müssen wir aber rechtzeitig entgegentreten. Wir können uns aber heute schon eine Vorstellung davon machen, was wir erst zu erwarten haben, wenn diese Herrschaften wieder ungehemmt ihren Gelüsten Raum geben könnten.

Man muß es begrüßen, daß durch die jetzigen im Geiste größter Loyalität getragenen Verhandlungen des päpstlichen Nuntius mit den Vertretern der deutschen Reichsregierung ein Uebereinkommen dahin zustande gebracht wurde. Der „Erregung eines gepeinigten Volkes" sind „verzweifelte Akte der Notwehr" zweifellos zugute zu halten. Aber es ist selbstverständlich, daß die Reichsregierung gegen „jede verbrecherische Gewaltanwendung" ihre Stimme erheben müsse. Wir haben nicht das geringste Interesse daran, unseren passiven Widerstand in Akten zu steigern, die auch die Schädigung von Menschenleben zur Folge haben. Wir verlangen aber auch, daß die Tötung von Deutschen, die sich schon ereignet haben und sich heute unter Wirkung der schroffen Abperrungsmaßnahmen noch jeden Tag zutragen, vom Auslande die härteste Verurteilung erfahren. Es gehört ein übermenschliches Maß [illegible] Verzerrung dazu, angesichts der [illegible] Zustände im Ruhrrevier nicht, die Besinnung zu verlieren, so zwar, daß die ganze Bevölkerung zur verzweifelten Notwehr streitet. Wir wissen sehr wohl, daß mit einer solchen Entwicklung gewissen französischen Politikern der willkommenste Vorwand für eine Verschärfung ihrer Maßnahmen, ja für eine brutale Unterjochung der gesamten Bevölkerung im Rheinland und Ruhrrevier gegeben wäre, die dann nur als Vorläufer zur Verwirklichung längst gehegter politischer Pläne zu betrachten wäre. So schwer es uns auch wird, so sehr müssen wir uns davor hüten, diesen Vorwand dem Gegner zu geben. Die Reichsregierung wird darum aus ihrer jetzigen Erklärung auch die notwendigen Folgerungen ziehen müssen. Und wenn das geschieht, wird auch der Sinn des passiven Widerstandes, der unbedingt fortgeführt werden müsse, rein und klar erhalten bleiben.

Millerand der Schwätzer.

Paris, 9. Juli. In Puy de Doue und Roquat nahm bei Gelegenheit von Gedenkfeiern Millerand wiederum Gelegenheit, von der französischen Ruhrpolitik zu sprechen. Er behauptete neuerdings, Frankreich und Belgien seien nur in das Ruhrgebiet eingerückt, um bezahlt zu werden. Die französische Politik sei, das dürfe nicht verschwiegen werden, eine Politik auf lange Sicht. Frankreich müsse, wie während des Krieges, entschlossen sein, durchzuhalten. Es müsse eine Stunde länger durchhalten als sein Gegner.

Zufriedenheit in R[illegible]

Rom, 9. Juli. Das deutsche Kommunique über die Konferenz Pacelli-Cuno hat beim Vatikan Befriedigung ausgelöst.

Sonntagsfahrkarten.

Oppeln, 9. Juli. Sonntagsrückfahrkarten sollen dazu dienen, Bewohnern großer Städte den Besuch von Erholungsorten an Sonn- und bestimmten Festtagen, im Bezirk der Reichsbahndirektion Oppeln außer an den gesetzlichen Feiertagen an allen katholischen Feiertagen, die wie Sonntage gefeiert werden. Auskunft erteilt jede Fahrkartenausgabe. Um den Bewohnern Oberschlesiens das Aufsuchen der entfernt liegenden Erholungsorte, insbesondere der Gebirgsorte, zu ermöglichen, können Sonntagsfahrkarten zur Hinfahrt benutzt werden am Tage vor dem durch die Abstempelung bezeichneten Sonn- oder Festtage mit dem nach 12 Uhr mittags abfahrenden Personenzügen. An diesem Tage mit den Karten auf der Rückfahrt betroffene Reisende werden als Reisende ohne gültigen Fahrtausweis behandelt. Zur Vermeidung großen Andrangs dürfen die Sonntagsrückfahrkarten bereits am Vormittage des Tages vor Sonn- und Festtagen gelöst werden. Das Lösen der Sonntagsrückfahrkarten ist nicht auf die Zeit ½ Stunde oder 1 Stunde vor Abgang des zu benutzenden Personenzuges beschränkt. Die Benutzungsdauer der Sonntagsrückfahrkarten auf den ganzeon Tag vor Sonn- und Festtagen auszudehnen, ist nicht ungängig.

Die Entscheidung fällt noch in dieser Woche.

London, 9. Juli. Der Diplomatische Vertreter der „Sunday Times" erfährt, daß im Laufe dieser Woche die Entscheidung fallen werde, wenn auch noch nicht feststeht, wann Baldwin seine langerwartete Erklärung im Parlament abgeben wird. Der politische Korrespondent schreibt, Baldwin habe genug von den Unterredungen, die die Dinge nicht fördern und habe Poincare eine entschiedene Mitteilung zugehen lassen, daß der britische Fragebogen klar und ohne weiteren Verzug beantwortet werden müsse. Sollte Poincare, wie zu erwarten sei, hierauf nicht eingehen, so werde die britische Regierung die Initiative ergreifen, und die Ereignisse würden sich dann rasch entwickeln.

Englisch-italienische Sonderaktion?

Paris, 9. Juli. Ebenso wie die englische ist auch die französische Presse sich über die gefährliche Spannung der augenblicklichen Lage klar. Der Temps berichtet aus London, daß man keineswegs sicher sagen könne, ob die Verhandlungen zwischen Lord Curzon und dem französischen Botschafter fortgesetzt werden. Lord Curzon und Baldwin werden in den nächsten Tagen Erklärungen in den Parlamenten abgeben, und es sei möglich, daß sie dabei schon eine getrennte Aktion Englands und der Reparations- und Ruhrfrage ankündigen werden. Ein Ministerrat wird Anfang dieser Woche darüber zu entscheiden haben. Diese getrennte Aktion Englands würde zunächst gleichbedeutend sein mit der Absendung einer besonderen englisch-italienischen Antwort auf die letzten deutschen Vorschläge und sie würden ferner zur Ausarbeitung bestimmter englischer Vorschläge für eine aktivere Reparations-Politik führen, wobei es für möglich gilt, daß England diese Vorschläge zuerst Frankreich und Belgien vorlegen würde. Man spricht auch von der Möglichkeit der Teilnahme Amerikas an dieser Aktion wahrscheinlich aber nur in dem Sinne, daß amerikanische Sachverständige an der